

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verlagsort: Dresden.
Verleger: Carl Neumann, Neudammstr. 25/26.
Telefon: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Dörfen bei gleichzeitiger Zustellung durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 7,75 M., vierteljährlich 22,50 M.
Die einjährige 37 mit dreißig Jule 3,00 M. Mit Familienangehörigen. Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt. 15 tägliche An- u. Verkäufe 25%. Druckgebühren laut Tarif. Anzeigen- und Verlags-Verträge geg. Vorabzahlung. Einzelpreise s. Vorabendblätter 20 Pf.

Druck- und Verlagsanstalt
Neudammstr. 25/26.
Telefon: 20011.

Abdruck nur mit schriftlicher Genehmigung (Dresdner Nachr.) zulässig. — Inseratepreise werden nicht aufbewahrt.

Annahme verzinslicher Bareinlagen.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Hinterlegungsstelle von Wertpapieren zwecks Einlösung von Zins- und Gewinnanteilscheinen.
An- und Verkauf fremder Geldsorten.

Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

Gotha-Allee 9, im Haus der Kaufmannschaft, Sehlenthofring 7, Wollinerstraße 66, Großmarkthalle, Eliasplatz 3, Kaiserstraße 11.

Scheckverkehr.
Einziehung und Ankauf von Wechseln.
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.
Vermietung von feuer- und einbruchsicheren Stahlbüchern unter Verschluss des Mieters und Mitverschluss der Bank.

Widersprüche über das Londoner Ergebnis.

Die Besprechungen zwischen Lloyd George und Briand.

Französische Unzufriedenheit. — Die internationale Konferenz.
(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 23. Dez. Die Besprechungen zwischen den Vertretern der englischen Finanz- und Industrie mit Lloyd George werden von ebenbürtigen Besprechungen zwischen französischen Finanzleuten und Industriellen mit Briand begleitet sein; sodann werden in der nächsten Woche Vertreter der französischen und der englischen Regierung in Paris zusammentreten, um die Finanzfrage zu erörtern. In diesen Besprechungen werden französische und englische Minister teilnehmen. Man glaubt aber nicht, daß Sir Robert Borne in der Lage sein wird, sich zu diesem Zweck nach Paris zu begeben, sondern der Vorsitz der englischen Regierung wird Warthington Evans sein. Außerordentlich wichtig in der englischen Erklärung ist der Passus, worin es heißt, daß in der Reparationsfrage eine ernsthafte Meinungsverschiedenheit zwar nicht entstand, daß aber eine bestimmte Lösung noch nicht gefunden wurde, weil diese Frage von den wirtschaftlichen Problemen nicht abgetrennt werden könne. Da Frankreich in der ihm am meisten am Herzen liegenden Angelegenheit, nämlich in der Reparationsfrage seinen bestimmten Erfolg in London davontragen konnte — alle Mitteilungen französischer Blätter, daß man sich darauf geeinigt hätte, Deutschland für die Januar- und Februarrate eine Gesamtsumme von 500 Millionen Goldmark zahlen zu lassen, sind nun wenigstens zertrümmert —, ist es begreiflich, daß in den deutschen französischen Fortschrittblättern lebhafteste Unzufriedenheit zum Ausdruck kommt. Festlag äußert sich im „Echo de Paris“, daß das einstige Ergebnis der französisch-englischen Besprechungen in London das

Regierung die Einberufung einer Volksvertretung vorzuschlagen, die über die von der Sowjet-Regierung benötigten Kredite zu beschließen hätte.

Begeisterter Empfang der französischen Delegation in Paris.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 23. Dez. Der „Tagesschau“ meldet aus Paris: Die französische Delegation ist bereits am Donnerstagabend wieder in Paris eingetroffen. Bei der Abfahrt der Wagen vom Bahnhof St. Lazare in Paris kam es zu griechen nationalistischen Kundgebungen. Die Menge durchbrach die Sperrstreife und brachte Schreie auf Brian und Loucheur aus. Man hörte auch viele Schandrufe auf Deutschland. Der Pariser „Matin“ schreibt dem plötzlichen und aufdringlichen Erscheinen Rotenhaus in London die Wirkung zu, daß Lloyd George sich schnell dem französischen Standpunkt anschließen hat.
Paris, 23. Dez. (Havas.) Bei seiner Ankunft in Boulogne erklärte Briand: Wir sind in London zu einer prinzipiellen Einigung gelangt, die den Willen zur Zusammenarbeit zwischen Frankreich und England ausdrückt und die Vorbereitung für praktische Einigungen bildet. Jetzt handelt es sich darum, die festgelegten Abschnitte zu verhandeln und sie in Cannes zur praktischen Erwägung zu bringen. (S. T. B.)

Der englisch-französisch-deutsche Garantievertrag.

Paris, 23. Dez. Der „Temps“ zeigt sich in einem Zeitartikel einem englisch-französisch-deutschen Garantievertrag auf Gegenständigkeit nicht abgeneigt. Deutschland habe die Verpflichtung zu übernehmen, sich aller Propaganda, aller Agitation und aller Vorbeurteilungen zu enthalten, die die Interessen oder den Besitz der Alliierten beeinträchtigen könnten. Im Hinblick darauf können England und Frankreich ausdrücklich erklären, daß sie die Integrität des Reiches wahren und sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten enthalten wollten. Wenn ein solches Abkommen von allen Seiten im guten Glauben und aufrichtig angenommen werden würde, wäre bald die Zeit gekommen, um auf alle militärischen Sanctionen verzichten zu können. Andererseits hat die interparlamentarische Gruppe des Senats und der Kammer eine Entschließung gefaßt, in der erklärt wird, daß die beiden einzigen Fragen, die der Lösung bedürftig sind, folgende wären: 1. Prüfung der Durchführungsbedingungen zur Erhaltung des französischen Guthabens. 2. Einsetzung einer wirtschaftlichen Finanzkontrolle über Deutschland, die notwendig an demselben sei, nachdem die deutsche Regierung ihre Zahlungen einstellen habe.
Das Geheimnis über Rathenaus Verhandlungen.
Berlin, 23. Dez. Dr. Rathenau ist heute hier noch nicht eingetroffen. Seine Rückkehr von London wird erst morgen erwartet. Das Geheimnis über seine Verhandlungen in London wie auch darüber, mit wem er in London gesprochen hat, wird streng gehütet.

Rolle's Suche nach verbleibenden Waffen.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 23. Dez. Aus Kriegen, die der internationalen Kontrollkommission nahegekommen, wird mitgeteilt, daß General Rolle die einzelnen Unterkommissionen der Kontrollkommission angewiesen hat, alle zu ihrer Kenntnis kommenden Anzeigen über verbleibende Waffen und Munition streng zu verfolgen, auch wenn die Anzeigen direkt erfunden (falschen). Künftig solle in der Reichswehr nur noch unermutet eine Kontrolle stattfinden.

v. Jagows Ersuchen um Strafausschub.

(Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 23. Dez. Herr v. Jagow hat an seinen Verteidiger Rechtsanwalt Grünwald ein Telegramm und einen Brief gerichtet, in dem er schreibt, daß sein ganzes Verhalten während der Voruntersuchung eine Bürgschaft dafür gewesen wäre, daß er nicht daran gedacht hätte, sich der Strafvollstreckung zu entziehen. Er bittet seinen Verteidiger, sich mit dem Reichsjustizministerium in Verbindung zu setzen, um einen Strafausschub zur Regelung persönlicher Angelegenheiten zu erhalten. Eine Beschwerde ist, da das Reichsgerichtsurteil sofort Rechtskraft erlangt hat, nicht zulässig. Die von Jagow gestellte Kaution von 500 000 M. bezog sich nur auf die Verhinderung mit der Untersuchungshaft. Die Kaution ist daher jetzt frei geworden. Nach welcher Richtung Herr v. Jagow gebracht werden wird, steht noch nicht fest.

Neue Anklageerhebungen gegen die Kappisten?

Berlin, 23. Dez. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus parlamentarischen Kreisen hört, erhaltete der Vertreter der Anklage im Kapp-Busch Oberreichsanwalt Dr. Ebermeyer dem Reichsjustizminister Dr. Roddich gestern Bericht über den Verlauf und das Ergebnis der Kappisten-Verhandlungen. Bei dieser Gelegenheit sei, wie das Blatt weiter meldet, auch der Fall Lubendorff und die Frage einer neuen Anklageerhebung eingehend besprochen worden.

Das größere Italien.

Von unserm ex-Mitarbeiter in Rom.
Die letzten Tage brachten wichtige und aufschlußreiche Ereignisse, von denen das Vertrauensvotum für die Regierung der Zeit und dem augenblicklichen Werte nach an erster Stelle genannt werden muß. Für Bonomi, der die Notwendigkeit seiner zuwartenden und besuhtamen Innenpolitik zu rechtfertigen suchte, fanden sich 31 Stimmen, während 105 Deputierte seine Politik mißbilligten und 60 ganz Vorsichtige sich überhaupt jedes Urteils enthalten. Italien bleibt also während der nächsten Zeit, welche Eingeweihte allerdings nur sehr kurz, mit drei bis vier Monaten, bemessen wissen müssen, von Regierungskrisen verschont, und der Eifer der Abstimmung mag auch nur in dem Wunsch nach Ruhe von dieser Seite her gesucht werden. Von Interesse waren die Ausführungen des Schatzministers de Riva, aus denen hervorging, daß das Defizit von fast 12 Milliarden im Budgetjahre 1920/21 auf 5 Milliarden im diesem Jahre gesunken ist, und daß es im kommenden 3 Milliarden kaum übersteigen dürfte. Die Regierung setzt damit, daß sie die staatlichen Einnahmen zu erfassen versteht, ohne sich jedoch vollkommen auf das von Bionini gewählte System zu stützen, das mit seinen radikalen Maßnahmen heute dem schärfsten Widerstand begegnen würde. Hinter diesen und anderen Dingen, mit welchen die Öffentlichkeit beschäftigt wird, vollzieht sich langsam eine Wandlung, welche nicht nur für Italien sondern auch für das Ausland von größter Bedeutung ist, und deren Einfluß auf die innere und äußere Politik immer mehr und mehr deutlich wird.
Der Krieg hat Italien eine neue Gestalt gegeben, ihm weitere, teilweise natürlichere Grenzen geschenkt. Diese befreiende Operation, welche dem Lande eine größere Beweglichkeit, ein freieres Spiel seiner Kräfte sichern soll, verließ nicht ohne Schmerzen. Nach den kaum verwundenen Wunden der letzten Jahre sind es heute die Narben an den Operationsstellen, welche bei der leisesten Berührung schmerzen, und dieser Zustand beinträchtigt die Freude an der ersehnten äußeren Erleichterung. Ueber 24 000 Quadratkilometer und 15 Millionen Einwohner des einstigen Oesterreich-Ungarn sind ihm zugefallen, und es konnte an einer Stelle, am Brenner, eine ideale strategische Nordgrenze erreicht werden. Diese Grenze stellt sicher den größten Gewinn aus dem Kriege dar, gegen welchen der Besitz von Triest, eines Hafens, der mit der Verklammerung der Monarchie seine wirtschaftliche Basis verloren hat, ganz zurücksteht. Es ist nur natürlich, wenn der Italiener den Brenner und die Eisproben eifersüchtig hütet und alles, was dort vorgeht, mit Argusaugen erpicht. Doch es dabei zu Mißverständnissen, ja vielleicht Ueberreibungen, besonders in dem fernem Rom kommen kann, darf umso weniger verwundern, als die Haltung der Deutschen im Vozzer Boden bis jetzt durchaus nicht von mündenswerter Einseitigkeit war. In diesem Punkte scheint sich nun eine merkliche Wenderung zu ergeben. Die deutschen Abgeordneten, voran Graf Torggenburg, sind sich darüber klar geworden, daß mit Obstruktionen und mit Irredententum nichts, mit dem guten Willen zur gemeinsamen Arbeit in der Kammer viel zu erreichen sei. So wird man auch langsam in Rom zu der Ansicht kommen, daß die Bevölkerung der Ueberreste nicht aus Unverheerlichkeiten besteht, eine Ueberzeugung, die sich heute noch nicht durchgesetzt hat, der aber Credaro, der Perrower der neuen Provinz, durch seine Erklärungen im Senat den Weg frei zu machen gesucht hat. Ueberleitende Senatoren, darunter der General Martini, behaupten, daß das Ansehen Italiens durch die allzu schwächliche Haltung der Regierung den deutschen Einwohnern gegenüber leide. Sie treten für eine schärfere Haltung, in der Sprachenfrage vor allem, ein, was Credaro, dem die deutschen Italiener von Anfang an zu Dank verpflichtet sein können, für überflüssig und gefährlich erklären konnte.

Italien will nicht in den Fehler der ehemaligen Doppelmonarchie verfallen, und mittelst eines raffinierten Vorkriegsplans künstlich Irredentia züchten. Die Deutschen und die Rabiner sollen ihre Sprache, ihre Sitten und Gewohnheiten beibehalten können, was man verlangt, ist, daß den italienischen Einwohnern Schulgebäude, gleich wie den deutschen, zur Verfügung gestellt werden, und daß kein Akt der Feindseligkeit gegen das Königreich begangen werde. Das ist nur recht und billig, und die Ueberreste werden sich um so leichter mit diesen Verfügungen abfinden, als sie ihnen, den früheren Oesterreichern, nichts Neues sind. Doch der Vozzer Bürgermeister am Tage des unbekanntem Soldaten einer deutschen Welle für die gefallenen Tiroler bezeugt, macht ihn in Rom nicht beliebt, aber der alte Garriester im letzten Endes nicht Bürgermeister einer rein italienischen Stadt, und muß auf das Empfinden der Mehrheit der Einwohner Rücksicht nehmen. Credaro kann im Gegensatz zu vielen Senatoren darin nichts Verdammenwertes finden, ebensowenig in dem Umstand, daß man in Vozzer Tafeln mit der Aufschrift findet: „Hier wird ein Zimmer nur an Deutsche vermietet“, oder daß der Bürgermeister seine Feuerwehr zu Vorabend ausdrücken läßt, denn genau dasselbe tut der italienische Bürgermeister von Trient aus. In diesem lächerlichen, unheimlichen Umstand kann das Verständnis für sonst schwer begreifliches gefunden werden. Die ganze Ueberrestefrage, die Italien in Spannung hält, ließe sich bis auf einen kleinen Rest auf die alte Rivalität zwischen dem in seiner Entwicklung zurückgebliebenen, einst so stolzen Trient und dem blühenden, reichen Vozzer zurückführen, und die Trientner, italienischer als die Römer, verlässen sich keine Gelegenheiten, Stimmung gegen La

Projekt der internationalen Konferenz.

Bei der Londoner große Städte hält. In Downingstreet glaubt man auch, daß die große europäische Konferenz in zwei Etappen tagen könne. Zunächst würden die Vertreter der wichtigsten Staaten, Deutschland und Rußland einbezogen, zusammenzutreten, später würden auch die Vertreter der anderen Staaten, ob sie nun ersten, zweiten oder dritten Ranges seien, ebenfalls zur Teilnahme eingeladen werden. Briand und Lloyd George kamen dahin überein,

Zwei Kommissionen von Finanz- und Geschäftsläuten.

zu ernennen. Die englische Regierung würde von Sir Robert Borne, der sich in der letzten Zeit hatte, von Warthington Evans, die französische von Loucheur vertreten werden. Beide Kommissionen werden sich in den nächsten Tagen in Paris begegnen und ein gemeinsames Programm aufstellen. Ramentlich werde dabei von

Deutschland

die Rede sein und von den Bedingungen, unter welchen dieses wiederhergestellt werden könnte. Die englischen Industriellen werden dem „Echo de Paris“ zufolge zweifellos mit allem Nachdruck auf die Wiederherstellung des internationalen Handels hinwirken, welcher wichtiger sei, als das Reparationsproblem. Festlag berichtet, daß es zwischen Briand und Lloyd George keine künftlichen Auseinandersetzungen gab, da sich beide Minister bemühen, irgendwelche Schwierigkeiten nicht noch herbeizuführen.

Beide hätten aber wenig Vertrauen zueinander.

Die Bedingungen, unter denen Briand es annehm, auf der internationalen Konferenz zu erscheinen, seien bis zur Stunde noch nicht bekannt. „Matin“ erklärt, daß trotz der Behauptung der englischen Presse, daß die Differenzen zwischen beiden Ländern groß seien, sie bereits beseitigt wären und daß alle Anregungen, die man dem Obersten Rat in Cannes vorlegen werde, auf einem Einvernehmen zwischen England und Frankreich beruhen sollen. Uebrigens beständen zwischen Frankreich und England in der Reparationsfrage auch keine Meinungsverschiedenheiten (1). Die englischen Sachverständigen hätten zugestimmt, daß die Nachkriegspolitik des Garantievertrages angedacht würden. Aber auch der „Matin“ muß zugeben, daß die englischen Sachverständigen dafür eintraten,
daß die innere deutsche Finanzverwaltung von jeder Kontrolle befreit sein solle.

Nur würde Deutschland eingeladen werden, seine Finanzen zur Genugung zu bringen und den weiteren Druck von Banknoten sofort einzustellen und seine Leistungen rasch zu erhöhen.

Zustimmung Lloyd Georges zu militärischen Maßnahmen?

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Basel, 23. Dez. Der „Baseler Anz.“ meldet aus Paris: Demie früh gibt Davos einen ergreifenden Bericht über die Londoner Konferenz an, in dem es heißt, daß die Zustimmung Lloyd Georges zu militärischen Maßnahmen ausgesprochen wurde, falls Deutschland über die ihm gemachten Zugeständnisse hinaus am 14. Januar mit seiner Zahlung zurückbleibe. Dieser sei bereits in Basel in Aussicht genommen, der Sowjet-